



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 0 886 890

P/XI/179 - 7. August 1956

Einweise  
auf den Inhalt:

Zum Frankfurter Kirchentag	S. 1
Verfahrenslage in Holland	S. 4
Schwarz-weiß-rot in Bochum	S. 6
Zu Schukows Antwort an Baldwin	S. 7

---

## Kirche und Welt

Ein Grussewort zum evangelischen Kirchentag

von Dr. Dr. Fritz Wenzel, MdB

Am 8. August werden Kirchenglocken in Westdeutschland und auch in der Sowjetzone den Deutschen Evangelischen Kirchentag 1956 in Frankfurt am Main einläuten. Der hessische Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller wird auf dem traditionsreichen Römerberg den Eröffnungsgottesdienst halten. Der Kirchentag, der 5 Tage dauert, ist diesmal unter die Losung des Pauluswortes aus dem 2. Korintherbrief gestellt: Lasset euch versöhnen mit Gott!

Die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Welt ist so alt wie die Kirche selber, sie ist im Verlaufe der Kirchengeschichte sehr verschieden beantwortet worden. Es hat Strömungen in der christlichen Kirche gegeben, die bewusst weltflüchtig, ja sogar weltfeindlich eingestellt waren. Es gehört zu den grossen Verdiensten der Reformation Martin Luthers, der Kirche wieder bewusst gemacht zu haben, dass die ihr anvertraute Botschaft des Evangeliums eine Botschaft für die Welt ist. Diese Wahrheit hat mit der sog. Verweltlichung der Kirche nicht das geringste zu tun. Eine verweltlichte Kirche verträt das Evangelium an den Zeitgeist. Die Kirche aber, die verstanden hat, dass Gott in seinem Wort zur Welt Ja sagt, will auch die Welt unter den Anspruch dieses - 2 -

göttlichen Wortes stellen.

#### Über Zonengrenzen hinweg

Auch der diesjährige Kirchentag - zu dem 15 000 Menschen auch aus der Zone erwartet werden - wird die Botschaft des Evangeliums als das entscheidende Wort der Kirche an die Welt im Blick auf die besondere Lage unseres gespaltenen Vaterlandes zu bezeugen haben. Wir alle wissen, welche Bedeutung dem Kirchentag in der Frage der deutschen Wiedervereinigung zukommt. Das hat besonders eindrucksvoll der letzte Kirchentag in Leipzig zum Ausdruck gebracht. Die Kirche hat auch mit Recht immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass es für sie keine Zonengrenzen gibt, weil die Botschaft des Evangeliums alle Menschen in Ost und West in gleicher Weise umschließt und anspricht. Dass die christliche Botschaft wirklich alle Menschen, auch schon die Kinder meint, veranschaulicht der diesjährige Kirchentag darin, dass er am 9. August zum ersten Mal die Kinder zu einem "Kinder-Kirchentag" zusammenfasst.

Zwischen den beiden wesentlichsten Veranstaltungen, dem Eröffnungsgottesdienst und der Abschlusskundgebung am Sonntag, auf der der Landesbischof Dr. Lilje aus Hannover sprechen wird, stehen die Arbeitstage des Kirchentages, die, wie jedes Mal in sechs ständigen Arbeitskreisen sich mit Fragen beschäftigen werden, die das Verhältnis der Kirche zur Welt betreffen. Die einzelnen Themen beweisen, dass der Kirchentag in Frankfurt keiner der Fragen ausweichen will, die konkret und eindeutig die Stellung und Haltung des einzelnen Christen zu den Ordnungen der Welt auf den verschiedensten Gebieten menschlichen Lebens angehen.

Da wird zuerst einmal grundsätzlich von Kirche und Gemeinde gesprochen werden. Das Ja Gottes zur Welt, wie es für den Christen unüberhörbar in der Menschwerdung Jesu Christi selber zum Ausdruck kommt, erlaubt dem Gläubigen keine Weltflucht, wie sie gerade besonders frommen Menschen immer wieder als vom Glauben her geboten erscheint. Gerade darum, weil der Christ durch seinen Glauben in die Welt gestellt ist, hat er auch die Arbeit und die Aufgaben an der Welt und in der Welt als Glaubensauftrag im Sinne der praktischen Bewährung seines Glaubens zu verstehen.

#### Themen aus allen Lebensbereichen

Das wird durch die Vielschichtigkeit der Themen, die in Frankfurt am Main durch Referate und Aussprachen behandelt werden, deutlich. Da geht es um Fragen von Familie und Erziehung, um die Problematik

von Ehe und Liebe ebenso wie um das grosse Thema Volk und Politik. Man wird der Frage, wieviel der Frieden kosten darf, ebensowenig ausweichen, wie der Tatsache, dass der heutige Mensch sein politisches Leben weithin in Parteien und Organisationen zu führen hat. Ein ganzer Arbeitstag ist dabei der Beziehung zwischen Arbeit und Wirtschaft gewidmet, wobei die sehr ernste Tatsache, dass heute die Frau zwischen Menschen und Maschinen als dem Mann gleichberechtigt gestellt ist, im Mittelpunkt des Gespräches stehen soll. Der Kirchentag möchte vor allen auch den Jugendlichen für eine sinnvolle Tätigkeit im Beruf und für eine gehaltvolle Gestaltung der Freizeit Hilfe geben. Die beiden letzten Fragenkreise betreffen die Situation von Dorf und Land sowie Grossstadt und Siedlung in unserer Zeit. Auch hier werden alle die Dinge angesprochen werden, die das praktische Leben der Menschen in Gross-Stadt und Dorf betreffen, angefangen von der sehr ernsthaften Frage nach der Gestaltung des Sonntags bis hin zu der Begegnung und dem Verhältnis der Menschen in Nachbarschaft und christlicher Bruderschaft.

Wenn man so in grossen Zügen die Themen dieses Kirchentages an sich vorüberziehen lässt, kann spürt man den Ernst, mit dem die Kirche die christliche Botschaft uns allen sagen möchte, die wir, ob Christen oder nicht, Menschen in dieser Welt sind und unser irdisches Schicksal auf dieser Welt zu leben haben. Es ist keine Frage, dass auch viele von denen, die bisher dem Wort der Kirche abwartend oder vielleicht sogar ablehnend gegenüberstanden, bereit sein werden, mit besonderem Ernst dem Gehör zu schenken, was der Kirchentag in Frankfurt als Botschaft der Kirche zu den Möglichkeiten der Welt und des Lebens zu sagen hat.

Dazu werden ganz ohne Frage viele aufgeschlossene und innerlich bewegte Menschen gerade auch aus der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratischen Partei überhaupt gehören. Dass der stellvertretende Vorsitzende der SPD an diesem Kirchentag offiziell als Vertreter der ganzen Partei teilnimmt, gibt dem herzlichen Gruss, den wir mit diesen Zeilen dem Kirchentag zum Ausdruck bringen wollen, besonderen Nachdruck.

\* \* \*

Worum es bei der Regierungsbildung in Holland wirklich geht

E.F. - Den Haag

Der lange Zeitraum, der für die Bildung einer neuen Regierung gebraucht wird, ist für den Holländer keine Überraschung. In diesem Lande wird alles mit einem selbst für Deutsche Begriffe übertriebenen Perfektionismus gemacht, auch die Formation einer Regierung.

Als die Partei der Arbeit (PvdA) aus den niederländischen Parlamentswahlen mit einem von niemandem erwarteten politischen Sieg hervorging, war es klar, dass ihr populärer Parteiführer Willem Drees wieder mit der Regierungsbildung beauftragt werden müsse. Auf der anderen Seite konnte der Vorsitzende der Katholischen Volkspartei (KVP), Prof. Romme, seine Niederlage nur schwer verwinden, und er versuchte alles, um das durch den klaren Volksentscheid verursachte politische Übergewicht der PvdA auf kaltem Wege wieder zu beseitigen. Nach den vorletzten Parlamentswahlen hatten die Sozialisten bei gleich viel Sitzen nur 16 000 Stimmen mehr als die Katholiken. Diesmal gelang es der Arbeiterpartei, ihre Gegenspieler um einen Sitz zu übertreffen.

Nach dem Willen von Drees sollte das alte Allparteienkabinett wiedererstehen, der auf Grund des Volksentscheides stärksten Fraktion aber ein Ministersessel mehr zustehen. Damit hätte der Wahlausgang auch in der Regierungsbildung seinen Niederschlag gefunden. Wie sich inzwischen gezeigt hat, war Prof. Romme nicht gewillt, dieser - zweifellos rechtmässigen - Kräfteverstärkung zuzustimmen.

Er bestritt nun nicht den Rechtsanspruch der Sozialisten auf einen zusätzlichen Ministerposten, sondern gab seinen Forderungen einen "sozialen" Anstrich. Romme forderte die Möglichkeit "einer Kapitalbildung für den kleinen Mann" als Programmpunkt in das Regierungsprogramm mit aufzunehmen. Gemeint ist damit im wesentlichen die Einführung von Kleinaktien bei den holländischen Industriegesellschaften, die von Arbeitern erworben werden können. Hier stiess er auf den Widerstand von Drees und seiner Partei. Den Katholiken wurde in aller Deutlichkeit gesagt, dass man zwar grundsätzlich keineswegs gegen den Erwerb von Kleinaktien sei, dieses Problem sich aber noch in einem frühen Dis-

kussionsstadium befindend, das seine Erhebung zu einem Punkt der Regierungserklärung zur Zeit noch unmöglich mache.

#### Peinliche Situation für die Volkspartei

Wie Fadenscheinig Rommes Forderungen sind, konnte Drees nachweisen. In beiden Parteiprogrammen, in dem der Arbeiterpartei und in dem der Katholischen Volkspartei, findet sich der Punkt "Kapitalbildung für Kleinaktionäre." Dem Volksparteiübern ist es sehr unangenehm, dass diese Frage nicht nur zu den Zielen beider grosser Parteien gehört, sondern auch im Wortlaut fast genau übereinstimmt. Es heisst dort, der Erwerb von Kleinaktien für Arbeitnehmer sei anzustreben, doch bedürfe dieses Problem noch langer und gründlicher Vorbereitungen, ehe man an eine Verwirklichung denken könne. Also genau das, was Ministerpräsident Drees gegen ihre überstürzte Einführung vorbringt.

Für die katholische Volkspartei ist eine peinliche Situation daraus entstanden, Sie kann jetzt kaum mehr vertuschen, dass es ihr in Wirklichkeit auf eine Verhinderung des wachsenden politischen Einflusses der Sozialisten ankommt. Selbst die neutrale Presse der Liberalen und Protestanten spricht von einer neuen "Rommeade". Darunter versteht man in Holland einen der vielen politischen Winkelzüge des Professors Romme, von dem man schon gewohnt ist, etwas anderes vorgesetzt zu bekommen, als er wirklich meint.

Königin Juliana wird nun einen Politiker der kleinen Parteien mit der Regierungsbildung beauftragen. In Frage kommen Herr Zijlstra oder der Altpolitiker Prof. Sud. Ihre Bestrebungen müssten dahingehen, die Gegensätze zwischen beiden grossen Parteien zu überbrücken, um dann doch einem Sozialisten oder Katholiken die endgültige Neuformation zu überlassen. Herr Zijlstra gab schon zu verstehen, dass er sich mit dieser schwierigen Aufgabe nicht gerne befassen würde.

Sechs Wochen Interregnum sind aber auch für holländische Verhältnisse eine lange Zeit. Der Wähler wird bereits ungeduldig und spricht von einem politischen Kuhhandel. Wie man aus der verfahrenen Situation herauskommt, ist noch nicht abzusehen. Eine Regierung gegen eine der grossen Parteien zu bilden, erscheint fast unmöglich und würde über kurz oder lang zu Neuwahlen führen müssen.

Auf sozialistischer Seite ist man aber nach wie vor sicher, dass der neue und alte holländische Ministerpräsident letzten Endes doch Drees heissen wird.

Wo "Gott im Himmel Lieder singt"

G.M., Düsseldorf

Das war doch wieder einmal ein Parteitag! Schwarz-weiss-rote Fahnen rechts und links an den Wänden und eine zackige Kapelle, die mit Preussens Gloria und anderen Märschen der alten und älteren Zeit den Delegierten und Gästen jeden vielleicht noch vorhandenen Gedanken aus dem Kopf schnetterte. Dazu gabs Kraftproben aus dem nationalistischen Zitatenschatz, durch die man angesichts der gegenwärtigen welt-politischen Verwirrung endlich wieder einmal klar erfuhr, wo Deutschland liegt: "Wo die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt". Wozu braucht man sich dann noch gross mit Programmen zu befassen? Das meinten auch die Delegierten, die ziemlich zahlreich für die paar hundert Parteimitglieder der DRP aus Nordrhein-Westfalen am letzten Sonntag in Bochum erschienen waren. Genau Fünfviertelstunde, ebenso lange wie die Kapelle für ihre Märsche, brauchten sie deshalb auch nur, um fünf "Grundsatz-Entschliessungen" und Programme verlesen zu erhalten und anzunehmen, darunter ein aussenpolitisches und ein sozialpolitisches Programm, das eine rührende Häufung von Phrasen darstellt. Aussenpolitisch werden Verhandlungen mit Pankow über die Wiedervereinigung verlangt.

Im Rahmen dieser Veranstaltung, der, jedenfalls nach einer Mitteilung der Parteitageleitung, Heinrich Schneider von der Demokratischen Partei Saar telegraphisch seine vollste Sympathie ausgedrückt haben soll, wurde die Teilnahme an den Bundestagswahlen 1957 in allen Wahlkreisen und die Eröffnung des Wahlkampfes auf einem Bundesparteitag am 1. September in Wiesbaden sowie die Teilnahme an den NRW-Kommunalwahlen im November beschlossen. Das Programm umschrieb Herr von Thadden/haargenau dahin: "Es muss alles grundsätzlich anders werden". Wenn Thadden irgendwo von einer Korruptionsaffäre liest, dann weiss er gleich, dass nur ein politisch Verfolgter dahinter stecken kann. Es geht wieder einmal gegen das "Partei buchbeamtentum und die Korruption", wie weiland bei Goebbels und Hitler, die jedenfalls noch etwas von Reden und Demagogie verstanden. Was in Bochum versucht wurde, war auch in dieser Hinsicht nur die Wiederauflage der alten Platte auf einem krächzenden und unmodern gewordenen Grammophon, Marke "Die Stimme seines Herrn". Ein politisches Echo im Sinne der Veranstalter freilich blieb aus und wird ausbleiben.

Was steckt dahinter?

ler. Der russische Verteidigungsminister Schukow, einer der gewichtigsten Männer im Führungskollektiv des Kreml, hat die Liebenswürdigkeit gehabt, einige direkt an ihn von dem bekannten Militärschriftsteller und Mitarbeiter der "New-York-Times", Hanson Baldwin, gestellte Fragen zu beantworten.

Die Fragen wurden zu einem Zeitpunkt gestellt, an dem in den USA die Diskussion über die Umstellung von klassischen auf nukleare Waffen voll entbrannt, aber durch die Beschlüsse der höchsten Militärs im Grunde genommen schon entschieden ist. Ein Gleichziehen zwischen den klassischen und nuklearen Waffen überschreitet selbst die Kräfte und Möglichkeiten der USA; dieser Erkenntnis konnte sich die militärische Führungsspitze nicht verschliessen. Konsequenz: die Mannschaftsstärke wird abgebaut, das Schwergewicht der Rüstung auf die Entwicklung der Atomwaffen in all ihren grausigen Spielarten verlegt. Sie werden in einem Konfliktfall, der die Macht, das Prestige und die Lebensinteressen der USA berühren, nicht unbenutzt bleiben. In dieser Hinsicht fehlt es nicht an eindeutigen Erklärungen.

Das wissen auch die Russen. Um so erstaunlicher ist die Feststellung Schukows, dass auch in künftigen Kriegen grosse Armeen und riesige Mengen herkömmlicher Waffen nötig sein werden, da die ausentwickelte Kombination von Luftmacht und Atomwaffen allein einen Krieg nicht entscheide. Schukow hat sich nicht geäussert, wo solche künftigen Kriege ausbrechen könnten. Dachte er <sup>an</sup> Europa, an Asien, an Afrika? Was Europa anbetrifft, so sind sich die Strategen und Politiker in den USA und in Grossbritannien darüber klar, dass sich hier ein lokaler Krieg mit klassischen Waffen automatisch zu einem Atomkrieg ausweiten würde. Hier steht für alle Beteiligten zu viel auf dem Spiel. Zuletzt hat sich in diesem Sinne sehr konkret der britische Oppositionsführer ausgedrückt, und dies ist auch der Grund, weshalb beide Mächte heute daran denken, ihre in Europa stationierten Truppen abzubauen, ohne dabei ihre Sicherheit zu gefährden.

Was ist dann der Sinn der Antwort Schukows an Baldwin? Man ist hier auf Vermutungen angewiesen. Schukow ist nicht nur ein hervorragender Militär, er ist auch ein überzeugter Kommunist, dem viel daran liegt, die Position der westlichen Welt zu schwächen. Am ehesten könnte dies

wohl geschehen, wenn sich die westliche Welt in einem Wettlauf des Irrsinns einliesse, ihre wirtschaftliche Kraft und damit ihre innere Stabilität in der Bekämpfung von Riesenarmeen klassischen Stils erschöpfte und damit der Sowjetunion auf dem Gebiete, auf dem es für die nahe und fernere Zukunft besonders ankommt, nämlich die politisch so entscheidenden unterentwickelten Gebiete auf die Höhe unseres industriellen Zeitalters zu bringen, den Vorrang überliesse. Je mehr die Sowjetunion einen Teil ihrer Volks- und Wirtschaftskraft in diesen Bereichen investieren kann, um so besser werden ihre politischen Ausgangspositionen. Allen Anschein nach sind die USA und Grossbritannien nicht bereit, sich auf eine solche Ebene drängen zu lassen, wie ihre Entschlossenheit bekundet, die Atomrüstung auf Kosten der kräfteverzehrenden klassischen Rüstung zu forcieren. Wollte Schukow mit seiner Antwort an Baldwin diesen nicht mehr aufzuhaltenden Prozess bremsen?

Noch ein, das Verhältnis der Sowjetunion zu den Satelliten veränderndes Motiv mag dazukommen. Wie weit auch immer der Prozess der Entstalinisierung in Ostblock gehen mag, er findet seine Grenzen an dem russischen Interesse, seine Satelliten nicht aus dem "Schutzbereich" Moskaus zu entlassen. Stärke, durch tausendfältige Bindungen an die Sowjetunion festgeknapfte Satelliten-Armeen sind immer noch ein wirksames Mittel, den Freiheitsdrang dieser Völker in Schach zu halten. In einem Weltkonflikt wäre die Atomwaffe die ultima ratio sein, im Falle von Unruhen im eigenen Lande verbietet sich ihre Anwendung, wie der Aufstand in Polen recht deutlich illustrierte. Dazu genügen immer noch Armeen mit klassischen Waffen.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Reunau